

Newsletter

Tirol-Büro Brüssel



Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Ausschuss der Regionen kritisiert
Kommissionsvorschlag zur Regionalpolitik](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Vorstellung der Westbalkanstrategie](#) 3
- [Senkung der CO2-Emissionen](#) 3
- [Debatte mit Premier Plenković über Zukunft Europas](#) 4
- [MEPs stimmen für Ende von Geoblocking](#) 4
- [Öffentliche Anhörung zum Thema "Bürgerrechte nach dem Brexit"](#) 5
- [Rechtslage in Polen](#) 5
- [Europäisches Parlament kritisiert geplante Energieprojekte](#) 6

Europäische Kommission

- [Verstärkte Zusammenarbeit bei Bewertung von
Gesundheitstechnologien](#) 7
- [Vorstellung eines europaweiten Pensionsvorsorgeprodukts](#) 7
- [Positiver Zwischenbericht über Erasmus+](#) 8
- [Reform der Trinkwasserrichtlinie](#) 8

Ausschuss der Regionen

- [Sozialverträglicher Übergang zu einem
emissionsarmen Straßenverkehr gefordert](#) 9

Sonstiges

- [Inflations- und Arbeitslosenquote Dezember 2017](#) 10
- [Effektivität von Förderungen für Wind- und Solarenergie
auf dem Prüfstand](#) 10

In eigener Sache

- [LH Platter und LH-Stv. Geisler zu Gesprächen mit
Kommissionspräsident Juncker in Brüssel](#) 11
- [Gewinner des Videowettbewerbs EU.Alpen.Lebensvisionen
in Brüssel](#) 11

Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 12

[Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen](#) 13

[Tagesordnungen der Institutionen](#) 14

[Impressum und Abbildungsverzeichnis](#) 14

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Ausschuss der Regionen kritisiert Kommissionsvorschlag zur Regionalpolitik

Zugunsten der Unterstützung von nationalen Strukturreformen soll nach 2020 ein neues Instrument angewandt werden. Für eine erste Testphase 18-20 sollen dazu laut Kommission Mittel aus der sogenannten leistungsgebundenen Reserve (in [Englisch](#)) der laufenden EU-Kohäsionsfonds, den Mitgliedsstaaten zur Verfügung stehen.



Europäischer Ausschuss der Regionen

Während seiner 127. Plenarsitzung hat der Ausschuss der Regionen (AdR) durch eine Initiative aller Fraktionen den [Vorschlag](#) der Kommission, Mittel der EU-Kohäsionspolitik für nationale strukturelle Reformen freizugeben, scharf kritisiert. In der [Entschließung](#) vom 1. Februar begründet der AdR seine Ablehnung des Vorschlags damit, dass Reformen in den Mitgliedstaaten nicht das Ziel der [EU-Regionalfonds](#) im Rahmen der [Kohäsionspolitik](#) seien.

Der AdR erinnerte an den Zweck der Regionalfonds, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Regionen der EU zu verringern. Der Schlüssel liege dabei in der Förderung von Maßnahmen und Projekten auf regionaler Ebene.

[Karl-Heinz Lambertz](#), Präsident des AdR, betonte in seiner Rede, dass der Vorschlag der Kommission einer Renationalisierung der Kohäsionspolitik gleichkäme und nicht im Sinne eines gemeinsamen Europas sei. Europa solle sich vielmehr durch sozialen und territorialen Zusammenhalt auszeichnen. Der AdR könne dies nicht in Hinblick auf seinen Auftrag hinnehmen.

Da der AdR im Kommissionsvorschlag eine Verletzung des [Subsidiaritätsprinzips](#) sieht, wird er eine dementsprechende Empfehlung an das Europäische Parlament und den Rat abgeben.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Vorstellung der Westbalkanstrategie

Die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini und Erweiterungskommissar Johannes Hahn präsentierten am 6. Februar die neue EU-Westbalkan Strategie (in [Englisch](#)) im Plenum des EP.

[Schwerpunkte](#) für die zukünftigen Beziehungen werden sein: Initiativen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, erweiterte Kooperation in Fragen bezüglich Sicherheit und Migration, Maßnahmen zur Förderung sozioökonomischer Entwicklung, Ausbau des Transportwesens und die Förderung bzw. Sicherstellung der Energieversorgung. Weiters müsse die EU ihre Aufgabe darin sehen, die Staaten am Balkan, auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter zu unterstützen.

Viel Wert wird von der Kommission auf die Aussöhnung zwischen den Balkan-Ländern

gelegt. Mehrere Initiativen in Bereichen Bildung, Kultur und Sport sollen diesen Prozess fördern.

Durch die verstärkte Zusammenarbeit sollen die Staaten des Westbalkans auf mögliche Beitrittsverhandlungen bzw. auf eine Mitgliedschaft, in Hinblick auf die Erfüllung der [Aufnahmekriterien](#), vorbereitet werden.

[Mehr Informationen](#)

Senkung der CO2-Emissionen

Am 6. Februar stimmte das EP über eine Verschärfung der Emissionsbeschränkungen für Treibhausgase betreffend das EU-Emissionshandelssystem ([EHS](#)) ab.

Ziel der neuen Richtlinie ist es, die zu versteigernden Emissionszertifikate pro Jahr noch stärker einzudämmen als bisher. Damit soll der Anreiz, in CO2 neutralere Energiesysteme zu investieren, verstärkt werden. Für diesen Zweck wurde eigens ein neuer Innovationsfonds, der die Umsetzung von Projekten betreffend erneuerbare Energieträger, Abscheidung und Speicherung von CO2 sowie Innovationen mit emissionshemmender Wirkung fördern soll, geschaffen.

Durch diese Neuerungen sollen das Pariser Klimaabkommen und die selbst gesetzten Ziele, wie die der [Agenda 2030](#), die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 % zu verringern, eingehalten werden.

[Abstimmungsergebnisse](#) und [Protokolle](#) werden wie immer online zur Einsicht veröffentlicht.

[Mehr Informationen](#)



Debatte mit Premier Plenković über die Zukunft Europas

Der kroatische Premierminister Andrej Plenković führte mit den EP-Abgeordneten eine Debatte über die Zukunft Europas. Er trat als Verfechter der Solidarität auf und sprach sich für ein Europa aus, das auf der Grundlage der Gleichheit der Staaten, BürgerInnen und Chancen aufbaut.

„Unser Weg muss nach vorne führen, nicht zurück. Kroatien ist der Europäischen Union beigetreten, um gemeinsam mit unseren Partnern das europäische Projekt aufzubauen und weiterzuentwickeln, um eine Zukunft auf der Grundlage der Gleichberechtigung aufzubauen - Gleichheit der Staaten, der Bürger und der Chancen“, sagte Plenković. Solidarität müsse "einer der Eckpfeiler unseres Handelns" bleiben.

Plenković erhielt viel Lob seitens der MEPs, auch von Parlamentspräsident Tajani. Sie führten den positiven Wandel seines Landes als deutliches Beispiel dafür an, dass mit harter Arbeit und Entschlossenheit eine Zukunft innerhalb der EU nicht nur möglich, sondern auch vielversprechend sein kann.

[Mehr Informationen](#)

MEPs stimmen für Ende von Geoblocking

Das EP-Plenum hat den Kommissionsvorschlägen für eine Verordnung zugestimmt, mit der ungerechtfertigtes Geoblocking verhindert werden soll.

VerbraucherInnen werden bald selbst wählen können, auf welcher Website sie Waren oder Dienstleistungen erwerben, ohne dass sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres Wohnsitzes blockiert oder automatisch auf eine andere Website umgeleitet werden.

Durch die vorgeschlagene VO werden AnbieterInnen dazu verpflichtet, Online-KäuferInnen aus einem anderen EU-Land genauso zu behandeln wie einheimische KundInnen. Der Zugang muss zu gleichen Preisen oder Verkaufsbedingungen gewährt werden.

Digitale, urheberrechtlich geschützte Inhalte sind vorerst vom Anwendungsbereich der VO ausgeschlossen. Darunter fallen z.B. E-Books, Musik oder Online-Spiele. Allerdings wurde eine Überprüfungsklausel in das Gesetz aufgenommen, die die EU-Kommission verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren die Ausweitung des Geoblocking-Verbots auf solche Inhalte zu prüfen.

Nun bedarf es nur noch einer Zustimmung im Rat.

[Mehr Informationen](#)



Öffentliche Anhörung zum Thema "Bürgerrechte nach dem Brexit"

Um die Situation der Bürgerrechte nach dem Brexit zu besprechen, hielten der Beschäftigungs-, Innen- und der Petitionsausschuss am 1. Februar eine gemeinsame öffentliche Anhörung ab.

Das [Programm](#) der Anhörung sah vor, das sensible Thema der Rechte von EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich und der UK-BürgerInnen in den EU-27 zu erörtern.

Die erwähnten Ausschüsse wollen dadurch dem Anliegen des Europäischen Parlaments, welches im Austrittsvertrag die Gesamtheit der Rechte für EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich und für BürgerInnen des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union verankert wissen möchte,

nachkommen und das Thema öffentlich diskutieren.

Guy Verhofstadt, Brexit-Chefkoordinator im Parlament, betonte mit Nachdruck in seinen Ausführungen, dass die Rechte von EU-BürgerInnen im Vereinigten Königreich während der Übergangsphase nicht verhandelbar seien.

[Mehr Informationen](#)

Rechtslage in Polen

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten des Europäischen Parlaments (LIBE) hat den [Kommissionsvorschlag](#), Artikel 7 EUV gegen Polen zu aktivieren, zustimmend bekräftigt.

Mit einer Mehrheit von 33 zu 9 Stimmen fordern die ParlamentarierInnen die Mitgliedstaaten auf, Maßnahmen gegen die ihrer Meinung nach bedenklichen Lage der Gewaltenteilung, Unabhängigkeit der Justiz und Grundrechte zu ergreifen. Die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der EU-Werte ([Artikel 2 EUV](#)) durch Polen sei gegeben. Nur die Mitgliedstaaten können hier aktiv, durch die Aktivierung von [Artikel 7](#) des Vertrages der EU, den Bruch von EU-Werten

durch ein rasches Handeln verhindern. Sollten die Mitgliedstaaten den Bedenken des Parlaments sowie dem Vorschlag der Kommission, Artikel 7 zu aktivieren, zustimmen, bedarf es für die offizielle Einleitung des Verfahrens noch der Zustimmung der Vollversammlung des Europäischen Parlaments.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament kritisiert geplante Energieprojekte

Die Mitglieder des Energieausschusses des Europäischen Parlaments (ITRE) haben die vorgestellten Energieprojekte der Kommission kritisiert. Ihrer Ansicht nach liege der Fokus zu sehr auf Projekten mit fossilen Brennstoffen.

Die Kritik bezieht sich auf die Liste (in Englisch) der geplanten Projekte von gemeinsamem Interesse (PCI). Dazu gehören Energie-Infrastrukturprojekte wie Stromverbundleitungen und Gas-Pipelines, mit denen die EU ihre Energie- und Klimaziele erreichen soll. Mitglieder des ITRE bemängelten hierbei die mangelnde Transparenz bei der Projektauswahl und die hohe Anzahl von Projekten mit fossilen Brennstoffen.

Beim nächsten Treffen des ITRE-Ausschusses Ende Februar ist mit der Abstimmung über die Liste zu rechnen. Sollte sie von der Mehrheit zurückgewiesen werden, würde das Thema in einer Plenarsitzung im März behandelt werden.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Verstärkte Zusammenarbeit bei Bewertung von Gesundheitstechnologien

Präsentation des Kommissionsvorschlags vom 1. Februar für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bewertung von Gesundheitstechnologien (HTA).

Die Kommission beabsichtigt hierbei eine dauerhafte EU-weite Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei klinischen Nutzenbewertungen von HTA, wie Medizinprodukten und Arzneimitteln, einzuführen. Durch die Praxis der nationalen Einzelbewertungen seien unnötige Kosten und Intransparenz für PatientInnen und Krankenkassen entstanden. Gemeinsame Instrumente und Methoden sollen deshalb zu mehr Transparenz führen, die es auch dem Patienten ermöglichen soll, sich selbst über

Neuerungen informieren zu können. Durch diese stärker forcierte Nutzenbewertung von HTA soll die Qualität gesundheitsbezogener Dienstleistungen erhöht und deren Innovationen gefördert werden.

In Zukunft sollen einheitliche Regeln für Hersteller von HTA für den gesamten Binnenmarkt gelten.

[Mehr Informationen](#)

Vorstellung eines europaweiten Pensionsvorsorgeprodukts

Die Europäische Kommission hat ihre Pläne für ein europaweites, privates Altersvorsorgeprodukt (PEPP) vorgestellt. Dieses soll die VerbraucherInnen bei ihrer Ruhestandsvorsorge unterstützen.

Der Vorschlag soll die Anbieter von Altersvorsorgeprodukten dazu bewegen, in Zukunft europaweit ein einfaches privates Altersvorsorgeprodukt anzubieten. Zugleich wird dem Verbraucherschutz durch strengere Kundeninformationspflichten und einfache Standard-Anlageoptionen die nötige Beachtung geschenkt. Das PEPP soll bei Umzug in einen anderen Mitgliedstaat mitnahmefähig sein und die Möglichkeit bieten, auch vom neuen Wohnort aus weiter in denselben Vertrag einzuzahlen.

Die Kommission will die VerbraucherInnen in Zukunft aus einer breiteren Produktpalette und zwischen wettbewerbsfähigeren Angeboten auswählen lassen. Zudem sollen die Mitgliedstaaten den PEPPs, auch wenn sie nicht dem nationalen Anforderungskatalog entsprechen, dieselben steuerlichen Vergünstigungen zugestehen wie vergleichbaren nationalen Produkten.

[Mehr Informationen](#)



Positiver Zwischenbericht über Erasmus+

Die Kommission kommt in einem [Evaluierungsbericht](#) über das 2014 begonnene [Erasmus+](#) Programm zum Ergebnis, dass das Programm auf dem besten Weg ist, die festgelegten Leistungsparameter zu erreichen.

Am EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport haben sich in weniger als drei Jahren 1,8 Mio. Personen an Mobilitätsmaßnahmen beteiligt und über 240.000 Organisationen an Kooperationsprojekten teilgenommen. Laut dem [OeAD](#) haben in Österreich seit dem Start des Programms über 50.000 Menschen teilgenommen.

Bei der Evaluierung wurde festgestellt, dass Erasmus+ bei den Beteiligten wie auch in der

Öffentlichkeit hohe Wertschätzung genießt. Die Zufriedenheit der Empfänger über das Programm liegt bei über 90 %.

Die EU-Plattform [Eurobarometer](#) hat dazu im Jänner einen umfassenden Bericht (in [Englisch](#)) präsentiert.

[Mehr Informationen](#)

Reform der Trinkwasserrichtlinie

Die Kommission hat ihren Vorschlag (in [Englisch](#)) für eine neue Trinkwasserrichtlinie vorgestellt. Der Entwurf sieht überarbeitete Grenzwerte für Schadstoffe im Wasser und einen besseren Zugang zu Trinkwasser vor.

Der Legislativvorschlag geht auf die erste erfolgreiche europäische Bürgerinitiative „[Right2Water](#)“ zurück, bei der mehr als 1,6 Mio. Unterschriften gesammelt wurden.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehören die Errichtung von Trinkwasseranlagen in öffentlichen Räumen sowie die Durchführung von Kampagnen. So sollen der Öffentlichkeit auf einfache und benutzerfreundliche Weise Informationen über die Qualität des Trinkwassers und die Trinkwasserversorgung in ihrem Wohngebiet

zugänglich gemacht werden. Durch ein größeres Vertrauen in Leitungswasser sollen sich Europas Haushalte, durch einen geringeren Verbrauch von Flaschenwasser, 600 Mio. EUR pro Jahr ersparen.

Durch die Maßnahmen soll sich vor allem der Zugang zu Trinkwasser für schutzbedürftige und ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen, die nur mangelhaften Zugang haben, verbessern.

[Mehr Informationen](#)



Ausschuss der Regionen

Sozialverträglicher Übergang zu einem emissionsarmen Straßenverkehr gefordert

Der AdR diskutierte am 1. Februar über das Initiativen-Paket der Kommission „[Europa in Bewegung](#)“, durch das die Mobilität und der Verkehr in der EU modernisiert werden soll.

Die Initiativen der Kommission zielen hierbei auf den Straßenverkehr ab, welchem eine große Bedeutung für einen sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt der EU und für die Wettbewerbsfähigkeit der Städte und Regionen zugeschrieben wird.

In den zwei Stellungnahmen des AdR „[Arbeitsrechtliche Aspekte des Straßengüterverkehrs](#)“ und „[Förderung nahtloser Mobilitätslösungen](#)“ wurde auf die Unterschiede bei den arbeitsrechtlichen Bestimmungen und Löhnen eingegangen,

welche nach Ansicht des AdR zu Wettbewerbsverzerrungen führen können. Die Umstellung auf streckenabhängige Mautgebühren wird positiv aufgenommen, da sie gerechter seien als ein Pauschalbetrag für die Straßenbenutzung. Weiters sollen Mitgliedstaaten 15 % der Einnahmen aus Mautgebühren wieder in lokale und regionale Infrastrukturprojekte reinvestieren.

[Mehr Informationen](#)



Sonstiges

Inflations- und Arbeitslosenquote Dezember 2017

Am 31. Jänner veröffentlichte Eurostat seine [aktuellen Zahlen](#) zur Arbeitslosigkeit der Eurozone und EU28 für Dezember 2017.

Demnach lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum bei 8,7 % und zeigte somit einen leichten Rückgang im Vergleich zu 9,7 % im Dezember 2016 auf. Sie ist somit die niedrigste Quote seit Oktober 2008.

Besonders hoch war die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit mit 20,7 % in Griechenland und ausgesprochen niedrig, mit 2,3 %, in Tschechien. Österreich lag mit 5,3 % Arbeitslosenquote im Dezember 2017 EU-weit an 9. Stelle der Wertung und daher

deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 7,3 %. Somit waren im Dezember 2017 EU-weit 17,961 Millionen Menschen arbeitslos.

In Tirol gab es im Dezember laut [AMS](#) 18.727 Arbeitslose. Das sind um 2.730 Personen weniger als im Vorjahr.

[Mehr Informationen](#)

Effektivität von Förderungen für Wind- und Solarenergie auf dem Prüfstand

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) führt derzeit ein [Überprüfungsverfahren](#) über die Wirksamkeit der von der EU bereitgestellten Fördermittel für die Stromerzeugung aus Windkraft und Fotovoltaik durch.

Der EuRH wird die Umsetzung und Überwachung der EU- und staatseigenen Strategien für Windkraft und Fotovoltaik ab 2009 in Bezug auf die von der EU eingesetzten und national aufgewendeten Mittel auf ihre Effektivität analysieren.

Von 2014-2020 sind insgesamt 45 Milliarden Euro aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds für Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen veranschlagt. Deren Ziel ist es, die Verringerung der CO₂-Emissionen in allen

Wirtschaftsbranchen zu fördern. Investitionen in erneuerbare Energiequellen, Energieeffizienz und nachhaltige städtische Mobilität sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Weitere 58,5 Milliarden Euro unterstützen den Ausbau intelligenter Systeme zur Übertragung, Speicherung und die Errichtung neuer Trassen zur Verteilung von Energie.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

LH Platter und LH-Stv. Geisler zu Gesprächen mit Kommissionspräsident Juncker in Brüssel

Landeshauptmann Günther Platter und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Geisler werden am 8. Februar Arbeitsgespräche mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dem neuen Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU Nikolaus Marschik in Brüssel führen.

Gewinner des Videowettbewerbs EU.Alpen.Lebensvisionen in Brüssel

Am 7. Februar waren die Gewinnerklassen des Videowettbewerbs [EU.Alpen.Lebensvisionen](#) zu Gast in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino.

SchülerInnen aus ganz Tirol stellten in Videoclips ihre Visionen von einem zukünftigen Leben in einer EU-Alpenregion vor. Mit der Reise in die EU-Hauptstadt holten sich nun die Klassen der drei besten Clips ihren Gewinn ab.

Beim Besuch in der EU-Vertretung der Europaregion hielt Direktor Dr. Richard Seeber einen Vortrag über die Bedeutung der EU für Tirol und die Aufgaben der Vertretung.



Auf dem Programm standen außerdem ein Besuch des Europäischen Parlaments, eine Stadtführung durch die Brüsseler Innenstadt, sowie ein Besuch im Parlamentarium.





Ihre Stimme in Europa

Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

[Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Definition von KMU](#)

Unternehmen und Industrie
06 Februar 2018 - 06 Mai 2018

[Aus- und Fortbildung von Justizbediensteten im EU-Recht - von der Evaluierung zur neuen Strategie für 2019-2025](#)

Justiz und Grundrechte
01 Februar 2018 - 26 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen](#)

Umwelt, Handel
30 Januar 2018 - 27 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Warendefinition der EU-Holzverordnung](#)

Umwelt
29 Januar 2018 - 24 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung in der Lebensmittelkette](#)

Lebensmittelsicherheit, Öffentliche Gesundheit
23 Januar 2018 - 20 März 2018

[Überarbeitung der Richtlinie 2000/14/EG über umweltbelastende Geräuschemissionen](#)

Umwelt
23 Januar 2018 - 18 April 2018

[Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013 – Ihre Stimme](#)

Landwirtschaft
22 Januar 2018 - 20 April 2018

[Öffentliche Konsultation zur Initiative der EU für Bestäuber](#)

Umwelt
11 Januar 2018 - 5 April 2018

[Öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich Werte und Mobilität](#)

Verbraucherschutz, Kultur und Medien, Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, etc
10 Januar 2018 - 8 März 2018

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

Forschung und Innovation

Ländliche Entwicklungspolitik, Forschung	Building modern rural policies on long-term visions and societal engagement	13.02.2018	€ 5.000.000
Information, Kommunikation, Landwirtschaft	Socio-economic impacts of digitalisation of agriculture and rural areas	13.02.2018	€ 5.000.000
Lebensmittel, Innovation, Gesellschaft, Gesundheit	Towards healthier and sustainable food	13.02.2018	€ 14.000.000

Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber
Elias Pirker

Abbildungsverzeichnis

eigene Aufnahmen
[AdR](#)